

Antrag

öffentlich

Datum	Nummer
23.09.2022	A0204/22

Absender

Fraktion AfD

Adressat

Vorsitzender des Stadtrates
Prof. Dr. Alexander Pott

Gremium

Sitzungstermin

Stadtrat

06.10.2022

Kurztitel

Magdeburger Krisenappell

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Oberbürgermeisterin wird dazu aufgefordert sich in einem offenen Brief an die Bundesregierung zu wenden und folgendes zu fordern:

1. Vollständiger und unbefristeter Weiterbetrieb der deutschen Kernkraftwerke
2. Beendigung der Wirtschaftssanktionen gegen Russland
3. Schnellstmögliche Inbetriebnahme von Nord Stream 2

Begründung:

Mit großer Sorge blicken wir auf die nahe Zukunft Magdeburgs, seiner Menschen und seiner Wirtschaft. Mit der verfehlten Geldpolitik der Europäischen Zentralbank erstickt die dauerhafte hohe Inflation Konsum und Wirtschaftswachstum im Keim, während die derzeitige Regierung mit ihrer ideologisch geprägten Politik die Krise noch weiter verschärft. Die Bundesregierung, insbesondere der Wirtschaftsminister Habeck, schadet deutschen Interessen und treibt Deutschland, Sachsen-Anhalt und letztlich auch Magdeburg in den Ruin.

Das Verhalten der Regierung in der durch den Ukraine-Konflikt aufgekommenen Energiekrise sorgt zu Recht in großen Teilen der Bevölkerung für Bestürzung. So droht unseren Privathaushalten wie auch zahlreichen lokalen Unternehmen aufgrund von Versorgungsengpässen und explodierenden Erdgaskosten die Pleite.

Aufgrund dessen sprach sich unlängst der Landkreistag für die Nutzung aller in Deutschland verfügbaren Energieträger aus und führte an, dass ideologische Bedenken dabei zurückstehen müssen. Für eine Entspannung auf dem Energiemarkt könnte zudem die Öffnung von Nord Stream 2 sorgen. Auch sind nicht zuletzt Industrie und Handwerk in und um Magdeburg oftmals abhängig vom wirtschaftlichen Austausch mit Russland, sodass die verhängten Sanktionen laut den Handwerkerschaften Deutschland mehr schaden als dem vermeintlichen Gegner.

Frank Pasemann
Fraktionsvorsitzender